

Wir sind gekommen um zu bleiben

So richtig kam in diesem Sommer für die Regierungen in Berlin und Dresden sowie für den Oberbürgermeister in Leipzig keine Langeweile auf. Statt des wohlverdienten Sommerurlaubs für die Kanzlerin und ihre Staatsgäste trafen sich in Heiligendamm, während des G8-Treffens, zehntausende Gegnerinnen und Gegner der dort anstehenden politischen Entscheidungen, obwohl doch zuvor massenhaft Durchsuchungen in Räumen der linken Szene stattgefunden hatten. In Leipzig quälte der Oberbürgermeister sich derweil seit geraumer Zeit mit verschiedenen Initiativen herum: zum einen die Sozialticketinitiative und dann auch noch das drohende Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf der Stadtwerke. Und dann gründen die Linken auch noch eine neue Partei, die unheimlichen Zuspruch erhält. Unter den Merkels, Milbradts, Westerwelles und Becks verbreitet das offenbar Angst und Schrecken. Es ist richtig, dass die Regierung uneins ist über Mindestlöhne und Anhebung des ALG-II. Aber dass überhaupt wieder in dieser Regierung über diese Themen gestritten wird, ist auch der Tatsache geschuldet, dass DIE LINKE sich gegründet hat.

Ja, der erste Schritt ist getan. Die neue Partei DIE LINKE hat sich auf Bundes- und Landesebene verfasst. Heute gilt es, mit Verabschiedung der Grundsatzdokumente auch hier in Leipzig den neuen Stadtverband zu konstituieren. Jetzt säen wir die Pflanzen von morgen. Um zu dem Punkt, an dem wir nunmehr stehen, zu gelangen, war im Zuge des Parteineubildungsprozesses viel Arbeit zu leisten. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, neben den bisherigen Vorständen beider Parteien insbesondere auch den Mitgliedern der vormaligen Linkspartei.PDS und der vormali-

gen WASG für ihr Engagement, für ihre Vorschläge, Anregungen, Diskussionsbeiträge, ihre konstruktive Kritik und für die Bereitschaft zu Veränderungen herzlich zu danken.

Nun gilt es nach vorn zu blicken. 2009 stehen wichtige Entscheidungen an. Nicht nur das Europaparlament, der Bundestag und der Sächsische Landtag werden neu gewählt. Auch der



Stadttrat in Leipzig wird neu besetzt. Die Leipzigerinnen und Leipziger erwarten von uns, dass wir eine Alternative bieten für eine soziale, ökologische, lebenswerte Stadt, ein Leipzig der Kultur, des Sports, der Bildung für alle, als Ort der Emanzipation und der Wissenschaft, eine Stadt mit würdevollen und repressionsfreien Beschäftigungsangeboten für die Menschen, bezahlbaren und bedürfnisgerechten Wohnraum, einem umfassenden Netz des öffentlichen Nahverkehrs mit sozialem Preisgefüge, Strom, Wasser, Wärme unter der Obhut der Kommune ohne Profitorientierung und blanker Kosten-Nutzen-Rechnung.

Für uns als DIE LINKE gibt es daher einen klaren Auftrag: Wir müssen 2009 stärkste Stadtratsfraktion werden. Dafür bedarf es jedoch großer Anstrengungen.

Die Kommunalpolitischen Leitsätze Leipzig 2010 müssen überarbeitet, ergänzt und konkretisiert werden. Der neue Stadtvorstand muss als Führungs-

gremium der Partei DIE LINKE.Leipzig hierfür die Initiative ergreifen, unter Hinzuziehung der Mitglieder der Stadtratsfraktion Entwürfe erstellen und so die Diskussion in den Gliederungen anregen. Darüber hinaus müssen sich Kandidatinnen und Kandidaten finden, die verantwortungsvolle Aufgaben im Stadtrat, aber auch in den Stadtbezirksbeiräten wahrnehmen. Und wir müssen mit unseren politischen Vorstellungen sichtbar werden, damit die Leipzigerinnen und Leipziger sich überzeugen können, dass wir und nur wir ihre Interessen gegen neoliberale Forderungen durchsetzen.

Viele bedeutende Fragen müssen in den kommunalpolitischen Leitlinien und im Wahlprogramm thematisiert werden. Ich kann hier nur einige wenige herausgreifen. So

müssen erstens etwa Fehlentwicklungen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik klar benannt und alternativen Lösungen zugeführt werden. Es ist eben ein Trugschluss, wirtschaftliche Leuchttürme aufzubauen. Wer so etwas fordert, hat die Funktion dieser Schifffahrtsanlagen nicht verstanden. Denn diese warnen vor Gefahr und laden nicht zum Verweilen ein, sondern sollen die Schiffe auf Kurs an den Klippen vorbei halten. Mit nur Porsche, DHL und BMW, die auf Leiharbeit setzen und niedrigere Haustarife erwarten sowie einzig über hoch subventionierte Arbeitsplätze verfügen, erreichen wir nicht, dass Arbeitsagentur und Arge Leipzig keine Hochkonjunktur mehr haben. Wir müssen uns zudem verstärkt dafür einsetzen, dass nicht profitable, aber gesellschaftlich notwendige Tätigkeit, die in Leipzig reich vorhanden wäre, durch die Stadt als Beschäftigung angeboten und menschenwürdig bezahlt wird.

Ebenso muss zweitens die bauliche

Stadtentwicklung kritisch beleuchtet werden. Große Einkaufsmärkte oder Geschäfte mit Luxusgütern in der Innenstadt können nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Ladenlokale in Leipzig, wie etwa in der Georg-Schumann-Straße oder in Altlindenau-Leutzsch leer stehen. DIE LINKE muss sich fragen, ob sie den Bau weiterer Großmärkte unterstützt. Denn Lidl und Co. verletzen nicht nur täglich ArbeitnehmerInnenrechte, sie etablieren auch zunehmend oligopolartige Stellungen. Viele Wohngebäude verfallen zudem weiter, insbesondere abseits der von der Stadt in ihren Satzungen bevorzugten Hauptverkehrsstraßen. Die soziale und kulturelle Unattraktivität von Wohngebieten führt zu weiterem Umzug innerhalb der Stadt. Vergessen werden dürfen auch nicht die zahlreichen Industrie- und Gewerbebrachen. Abriss und Umwandlung zu Grünflächen darf kein städtebauliches Allheilmittel sein. Drittens muss sich weiterhin mit den Privatisierungsbestrebungen des Oberbürgermeisters, von SPD-, CDU- und Bürgerfraktion auseinandergesetzt werden. Und ich denke, die Linksfraktion im Stadtrat kann aufrecht in die Verhandlungen gehen, denn DIE LINKE erreicht in Sachsen 30 Prozent in den Umfragewerten. Natürlich muss es Kompromisse geben, aber wir können selbstbewusst auftreten.

Vor kurzem wurde erklärt, dass die Stadt Leipzig nunmehr ihre sanierungsbedürftigen Schulgebäude verkaufen und nach Instandsetzung durch private Investoren zurückleasen will. Ich möchte vor einer solchen Politik warnen.

Noch ein vierter wichtiger Aspekt für kommunale Leitlinien: Zwar ist es uns als Kommune nicht möglich, die ALG-II-Bedarfssätze anzuheben, doch gibt es durchaus andere Ansatzpunkte, wie wir als DIE LINKE vor Ort die Situation der von der Hartz-Gesetzgebung Betroffenen verbessern können. Dies reicht von der Anhebung der zulässigen Bruttowarmmieten, über eine Verbesserung der – wie ich selbst erfahren habe – gegenwärtig katastrophalen Betreuung durch die Arge Leipzig, bis hin zu umfassender Sozialberatung, kostenfreien Angeboten für die freie Zeit, Verzicht auf Beschäftigung so genannter Ein-Euro-Jobber und auf ande-

re prekäre Arbeitsverhältnisse. Und fünftens bleibt das Thema Antifaschismus auch nach der Absage von Worch aktuell. Die Nazis treiben weiter in Leipzig ihr Unwesen und verbreiten in Veranstaltungen ihren Ungeist, wie etwa Anfang des Jahres im Lokal Lokomotion. Und auch ich selbst wurde Adressat neonazistischer Drohungen. DIE LINKE in Leipzig stellt sich weiter entschieden antisemitischen, rassistischen, migrantInnenfeindlichen, diskriminierenden Entwicklungen in den Weg. Solchem Gedankengut ist null Toleranz entgegenzusetzen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Sechstens bitte ich auch nicht zu vergessen, dass vor unserer Haustür ein Luftdrehkreuz steht. Dieses wird nicht nur von Paketdiensten genutzt, sondern auch von der NATO. Kriege und Konflikte weltweit sind daher uns näher gebracht als wir dies wahrnehmen. Ich finde, dass wir statt Waffen und Kriegsgerät den betroffenen Menschen Entwicklungshilfe von Halle-Leipzig aus senden sollten.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung müssen aber auch die Weichen dafür gestellt werden, dass 2009 für die Aufstellung der Listen zum Stadtrat, Bundes- und Landtag sowie für die Ämter der Partei ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung stehen. Der neue Stadtvorstand hat die Aufgabe und Verpflichtung, notwendige Impulse und Unterstützung zu geben.

Die Mitgliedergewinnung ist und bleibt eine vorrangige Aufgabe der Partei DIE LINKE in Leipzig. Wir verfügen mit unseren etwa 1.800 Mitgliedern über eine herausragende Stärke, die wir für die Zukunft sichern müssen. Wir Mitglieder stehen in dieser Pflicht. Dabei setze ich insbesondere auch auf die älteren Genossinnen und Genossen unter uns. Denn ich bin mir sicher, dass sie sich in ihren Familien aktiv für die Ziele unserer Partei einsetzen. Vielleicht konnten sie noch nicht jedes ihrer Kinder und Enkel von einer Mitgliedschaft in unserer Partei DIE LINKE überzeugen, aber liebe Genossinnen und Genossen, bleibt bitte dran!

Bei der geplanten Gründung des linken Jugendverbandes in Leipzig handelt es sich um ein wichtiges Projekt, wenn

nicht das entscheidendste Projekt für die Arbeit der neuen Partei DIE LINKE in Leipzig. Den dem neoliberalen Weg ihrer Partei letztlich folgenden Jusos und den rechtskonservativen Julis sowie Jungunionisten muss eine linke, junge Kraft entgegengestellt werden, die unüberhörbar ist, sich für eine emanzipatorische Entwicklung junger Menschen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen einsetzt. Schluss mit konservativer Wertevermittlung a la Bräuteschule 1958! Wer, wenn nicht gerade junge Menschen sind es, die mit ihren Ideen den demokratischen Sozialismus entwickeln und erkämpfen werden.

Neben der neuen Jugendstruktur müssen aber auch die Organisation in der Partei verändert und neuen Aufgaben gerecht gestaltet werden. So muss die Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Stadtvorstandes untereinander, aber auch mit den Organisationen der Basis intensiviert werden.

Wir müssen als neue Partei stärker von den Leipzigerinnen und Leipzigern wahrgenommen werden und unsere Positionen offensiv in Veranstaltungen zur Diskussion stellen. Auch kulturelle Highlights mit Lesungen, Ska- und Punkbands müssen zum Zeichen des Aufbruchs der Linken in Leipzig werden. Wir haben auch durch die Parteineubildung eine starke Anerkennung in Gewerkschaften, linken Organisationen, Verbänden und außerparlamentarischen Bewegungen gefunden. Auch hier in Leipzig müssen wir die Zusammenarbeit mit und die Verankerung in diesen politischen Bündnispartnern vertiefen.

Wir sind auch in der Pflicht, gemeinsam mit unseren Vertreterinnen auf Bundes- und Landesebene Positionen der Partei DIE LINKE zu erarbeiten. Gerade Forderungen zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen, für die Abschaffung von Hartz-IV, die Durchsetzung direkter Demokratie ohne absurde Mindestquoten für Begehren und Abstimmung und vieles andere können nur auf Bundes- oder Landesebene durchgesetzt werden. Und wir müssen auch diese bedeutenden Forderungen wie etwa die nach mehr direkter Demokratie durchsetzen. Freiheit durch Sozialismus verpflichtet uns. Der Kapitalismus ist nicht das

Ende der Geschichte. Seine Überwindung bleibt unser Ziel. Demokratie und Freiheit sind nicht nur untrennbare Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsformation, sie erleben in ihr erst ihre Blüte. Kein geringerer als Karl Marx forderte jedoch in Anbetracht des Scheiterns der Pariser Kommune, die Ursachen für das Versagen eines jeden Versuchs zu analysieren und daraus Lehren zu ziehen. Das Jahr 1989 sollte uns also immer wieder diese Frage stellen und nicht die Fehler, Irrtümer und Verletzungen von Freiheitsrechten vergessen lassen. Für uns als

DIE LINKE. darf dies nicht zu einer bloß historischen Frage werden, die wir den bürgerlichen Geschichtswissenschaften überlassen. Nein, für uns ist es ein politischer Auftrag, sich mit der Vergangenheit der Gesellschaft und unserer eigenen aus linker, gerade auch marxistischer Perspektive kritisch auseinanderzusetzen. Denn die vielen Menschen hierzulande, die den Sozialismus für eine gute Idee halten, die in der DDR nur falsch umgesetzt wurde, dürfen wir kein zweites Mal enttäuschen. Die Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Vor uns liegt kein einfacher Weg. Wir

lassen nicht zu, dass Leipzig weiterhin Armutshauptstadt ist, dass soziale Ausgrenzung, Diskriminierung, Überwachung, Profitgier und Ausbeutung, die Allmacht des Kapitals, Zukunftsangst, Beschäftigungslosigkeit, militärische Präsenz am Flughafen und Nazis unser Leben in der Stadt beherrschen. Für ein weltoffenes, demokratisches und soziales Leipzig! Für die Emanzipation der Leipzigerinnen und Leipziger! Für eine starke linke Kraft als unüberhörbare Stimme der materiell Schwachen! Hier ist DIE LINKE.Leipzig!

Jochen Beißert (stv. Vorsitzender)

Gründungserklärung des Stadtverbandes Leipzig der Partei DIE LINKE

Hier ist DIE LINKE. Leipzig – Wir sind gekommen, um zu bleiben!

Im Sommer 2005 haben sich aus der Überzeugung, dass eine sozial gerechte Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland nur gestaltet werden kann, wenn sich die Linken in Ost und West zusammenschließen und dem neoliberalen Zeitgeist Einhalt gebieten, Gewerkschafterinnen, enttäuschte Sozialdemokratinnen, Sozialistinnen, Kommunistinnen und Christinnen sowie Bürgerinnen aus anderen sozialen Bewegungen und Verbänden auf den Weg gemacht, diesen Traum des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu verwirklichen.

DIE LINKE ist die Partei und die Stimme des Protests gegen die Zerstörung der Errungenschaften des sozialen Kampfes von Generationen durch die Agenda 2010 und gegen die Versuche der Militarisierung der Gesellschaft – und für den Abzug der Truppen aus Afghanistan. Sie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, gegen Krieg.

Dabei müssen die biografischen Hintergründe und Sozialisierungen aus den unterschiedlichen historischen Erfahrungen produktiv zusammenfließen und die gemeinsame Grundlage für eine politisch erfolgreiche LINKE schaffen. Ihren Ausdruck findet dieser Prozess in den Programmatischen Eckpunkten sowie der Programmatischen Gründungserklärung unserer Partei. DIE LINKE. Leipzig hat sich am 22. September 2007 gegründet.

DIE LINKE. Leipzig bringt sich außer-

parlamentarisch und parlamentarisch aktiv ein in die sozialen, politischen und anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart,

- sie bereitet zielgerichtet das „Wahljahr 2009“ vor
- und beteiligt sich an der Diskussion über politische und gesellschaftliche Alternativen

Dafür setzt sich der Stadtverband nachstehende Arbeitsschwerpunkte:

1. DIE LINKE. Leipzig beteiligt sich an den Kampagnen/Bewegungen gegen sozialen Kahlschlag, Stellenabbau und Privatisierung öffentlichen Eigentums und entwickelt dazu eigenständige Beiträge.

- Für den gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro – gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die Kampagne wird fortgesetzt.
- Für die Ersetzung der Hartz-Gesetze durch eine tatsächliche bedarfsdeckende Grundsicherung für eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir unterstützen die Betroffenen in ihren Anliegen und beleben die Sozialberatung neu. Wir nutzen hierzu aktiv unsere Verbindungen in den ARGE-Beirat.
- Gegen die Privatisierung kommunaler Betriebe und Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, für den Erhalt der Stadtwerke Leipzig, der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft, der Leipziger Verkehrsbetriebe, der

Kommunalen Wasserwerke, der Stadtreinigung und anderer Betriebe und Unternehmen in kommunaler Hand, für den Erhalt der Sparkassen. Wir unterstützen die Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!“ für das Bürgerbegehren zum Erhalt der Stadtwerke und der kommunalen Betriebe und Unternehmen der Daseinsvorsorge.

- DIE LINKE. Leipzig setzt die Unterstützung der Bürgerinitiative für ein Sozialticket in Leipzig fort.

2. DIE LINKE. Leipzig ist Partnerin und Beteiligte in örtlichen und überörtlichen Kampagnen/Bewegungen gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten; für die Zurückdrängung von Rassismus und Neonazismus in der Gesellschaft, für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter und Kulturen.

- Wir sind gegen die Überwachung des öffentlichen Raums und für den unumschränkten Schutz der Privatsphäre. Videokameras gehören in den Urlaubskoffer und nicht ans Connewitzer Kreuz!
- Wir treten für die Stärkung direkter Bürgerdemokratie ein, weil zentrale und für mehrere Generationen zu treffende Entscheidungen für Leipzig in die Hand der Leipzigerinnen und Leipziger gehören.
- Wir unterstützen das Antidiskriminierungsbüro Sachsen sowie weitere Initiativen für Toleranz und gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Neofaschismus, Geschichtsrevisionismus.
- Leipzig soll eine Stadt der Kultur bleiben und bietet Platz auch für alternative Lebensweisen. Lesben, Schwule,

Transidente Menschen, Frauen, Männer haben gleiche Rechte und sollen dies in Leipzig erleben.

3. DIE LINKE. Leipzig beteiligt sich an örtlichen und überörtlichen Kampagnen/Bewegungen gegen deutsche Militäreinsätze in aller Welt, gegen die imperiale Globalisierungspolitik, für internationale Solidarität mit allen von Armut, Krieg und Unterdrückung betroffenen Menschen. Sie setzt sich für die friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle ein.

4. DIE LINKE. Leipzig engagiert sich für eine soziale und solidarische Stadtentwicklung

- für gleiche Chancen im Bildungswesen durch ein einheitliches Schulsystem in Ganztagsform, um die Entwicklung aller Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen unabhängig vom sozialen Status

ihrer Eltern zu ermöglichen.

- für den Abbau jeglicher Barrieren für Menschen mit Behinderungen, für Migrantinnen und für Seniorinnen im gesellschaftlichen Leben der Stadt
- für den Stellenerhalt in ortsansässigen Unternehmen. Ein Denken in neoliberaler Standortlogik ist der LINKEN fremd.

5. DIE LINKE. Leipzig stellt sich mit ihrem Eintreten für:

- die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen im Stadtgebiet
- Energieeffizienz und -einsparung in städtischen Betrieben und privaten Haushalten
- die Nutzung alternativer Energieträger
- die Einrichtung von Umweltzonen
- umweltfreundliche Verkehrsträger

Den sich aus dem Klimawandel ergebenden politischen Herausforderungen.

6. DIE LINKE. Leipzig beginnt mit der zielgerichteten Vorbereitung auf die Wahlen im Jahr 2009.

Alle kommenden Aktivitäten sind darauf gerichtet, die Ziele der LINKEN öffentlichkeitswirksam und kontinuierlich darzustellen.

- Ab sofort beginnen Gespräche mit potentiellen Unterstützern/Mitwirkenden der Kandidatur zu den Wahlen durch die Personalfindungskommission. Dazu wird sondiert, wer für eine Kandidatur für Stadtrat, Landtag und Bundestag bereit ist, einhergehend mit Qualifizierungs- und Vorbereitungsangeboten für die Beteiligten. In Abstimmung mit Partei- und Landesvorstand erfolgen die Vorbereitungen zur Europa- und zur Bundestagswahl.

- Ende 2008 soll die Neufassung des Kommunalwahlprogramms als Entwurf vorliegen.

weitere Beschlüsse des Stadtparteitages

Satzung und Finanzordnung

Die auf dem Stadtparteitag am 22. September beschlossene Satzung die Finanzordnung der Partei DIE LINKE. Leipzig werden aufgrund des großen Seitenumfanges hier nicht komplett veröffentlicht. Beide Dokumente sind in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus, Braustraße 15 erhältlich oder können sich aus dem Internet: www.die-linke-in-leipzig.de heruntergeladen werden.

PIN AG

Der Stadtvorstand und die Geschäftsstelle des Stadtverbandes werden beauftragt den auf postalischem Wege zu versendenden Schriftverkehr ab sofort wieder über die Deutsche Post AG durchzuführen und nicht mehr über die PIN AG. Darüberhinaus empfiehlt der Stadtparteitag, dass dies für alle Ebenen der Partei gelten soll.

Der Stadtvorstand und die gesamte Mitgliedschaft setzt sich für diese Vorgehensweise ein.

Bürgerbegehren

Das Bürgerbegehren "Stoppt den Aus-

verkauf unserer Stadt wird durch die Partei DIE LINKE. Leipzig unterstützt. Für die Finanzierung des Bürgerbegehrens und eines späteren Bürgerentscheides werden aus den Mitteln des Stadtverbandes 30.000 Euro bereitgestellt.

Wahlergebnisse

Stadtvorstand

An der Wahl nahmen 105 Delegierten teil. Als **Vorsitzender** wurde **Dr. Volker Külöw** mit 77 Stimmen (73,3 %) gewählt.

Als **stellvertretende Vorsitzende** wurden **Carola Lange** mit 70 Stimmen (66,7 %) und **Jochen Beißert** mit 101 Stimmen (96,2 %) gewählt.

Zur **Schatzmeisterin** wurde mit 96 Stimmen (91,4 %) **Elke Gladytz** gewählt.

Im Wahlgang für die **Jugendliste weiblich** wurde **Susann Lindner** mit 44 Stimmen (41,9 %) gewählt. Nicht gewählt wurden Jana Weißfuß (37 Stimmen - 35,2 %) und Antje Soyka (23 Stimmen - 21,9 %).

Auf der Liste **Jugend allgemein** wurde **Martin Bertram** mit 67 Stimmen (66,3 %) gewählt. Nicht gewählt wurde Antje Soyka (34 Stimmen - 33,6 %).

Aus den Reihen der **vormaligen WASG (Frauen)** wurden **Sylvia Höhne** mit 88

Stimmen (88,0 %) und **Veronika Petzold** mit 81 Stimmen (81,0 %) gewählt.

Auf der **allgemeinen Liste vormalige WASG** wurde **Ingo Groepler-Roeser** mit 57 Stimmen (57,0 %) gewählt. Nicht gewählt wurden Andreas Kermer (37 Stimmen - 37,0 %) und Jürgen Froberg (4 Stimmen - 4,0 %).

Auf der **Frauenliste** wurden **Steffi Deutschmann** mit 78 Stimmen (79,6 %), **Christine Halle** mit 69 Stimmen (70,4 %) und **Barbara Krause** mit 64 Stimmen (65,3 %) gewählt. In einer Stichwahl wurde der letzte zu vergebende Platz auf der Frauenliste an **Skadi Jennicke** mit 47 Stimmen (48,9 %) vergeben. Nicht gewählt wurden Maritta Brückner (46 Stimmen - 47,9 %), Juliane Nagel (38 Stimmen - 38,38 %) und Antje Soyka (24 Stimmen - 24,5 %).

Auf der allgemeinen Liste wurden Keith Barlow mit 62 Stimmen (63,9 %), Thomas Dudzak mit 54 Stimmen (55,7 %), Gerhard Lauter mit 70 Stimmen (72,2 %) und Sören Pellmann mit 75 Stimmen (77,3 %) gewählt. Nicht gewählt wurden Jürgen Froberg (9 Stimmen - 10,0 %), Stefan Fulz (49 Stimmen - 50,5 %), Antje Soyka (15 Stimmen - 15,5 %) und Wolfgang Teske (19 Stimmen - 19,6 %).

Wahlergebnisse Landesrat

An der Wahl nahmen 97 Delegierten teil. Auf der **Frauenliste** wurden **Elke Gladytz** mit 88 Stimmen (90,7 %) und **Carola Lange** mit 80 Stimmen (82,5 %) gewählt. Auf der **allgemeinen Liste** wurden **Michael-Alexander Lauter** mit 68 Stimmen (70,1 %) und **Holger Weidauer** mit 70 Stimmen (72,2 %) gewählt.

Nicht gewählt wurden Andreas Kermer (36 Stimmen - 37,1 %) und Roberto Zenker (5 Stimmen - 5,2 %).

Wahlergebnisse Schlichtungskommission

An der Wahl nahmen 99 Delegierte teil. Gewählt wurden **Elfriede Blau-rock** mit 95 Stimmen (96,9 %), **Birgitt Mai** mit 96 Stimmen (98,9 %), **Jenny Leschke** mit 95 Stimmen (96,9 %), **Michael Lindner** mit 94 Stimmen (95,9 %), **Ralf Klein** mit 93 Stimmen (94,9 %) und **Axel Kühn** mit 88 Stimmen (89,8 %).

Wahlergebnisse Finanzrevisionskommission

An der Wahl nahmen 98 Delegierte teil. Gewählt wurden **Eva Firesch** mit 97 Stimmen (98,9 %), **Ursula Kleinhenz** mit 97 Stimmen (98,9 %), **Brigitte Naumann** mit 98 Stimmen (100 %), **Josef Pach** mit 96 Stimmen (97,9 %) und **Gert Seifert** mit 97 Stimmen (99,0 %). Ein Platz blieb unbesetzt und muss auf dem nächsten Stadtparteitag nachgewählt werden.

Ist das Neue daran auch das Neue darin?

Gedanken zum 1. Stadtparteitag der LINKEN am 22. September 2007

Am Abend des 22. September floh ich vom 1. Stadtparteitag unserer neuen Partei DIE LINKE in Leipzig. Ich floh, weil an mir die Frage nagte und nagt: WAS ist das NEUE am Leipziger Stadtverband der Partei DIE LINKE.?

Ohne Zweifel gibt es einen personellen Wandel im Vorstand. Doch dann rufe ich mir den Samstagnachmittag und den Ablauf der Vorstandswahlen ins Gedächtnis - und erkenne die gleichen im Verborgenen wirkenden Mechanismen wie früher.

Die unsichtbare Hand der Funktionsträger

Ich möchte dafür ein Beispiel nennen: Es läuft mir immer kalt den Rücken hinunter, wenn die Wahl eines Kandidaten augenscheinlich von der Rückenbedeckung einer bekannten, parteiinternen Persönlichkeit abhängt. Die Vorstellungen eines Kandidaten zur konkret, praktischen Umsetzung einer politischen Idee finden keinen Anklang, dafür aber nichtssagende Phrasen wie die "jahrelange gute Erfahrung und Bekanntheit". Das soll Sympathien erzeugen, sagt aber nichts über die Tauglichkeit oder die politisch-inhaltliche Ausrichtung eines Kandidaten aus.

Ich verurteile niemanden dafür, dass er sich an der Meinung anderer orientiert - das ist menschlich - vielmehr geht es mir darum, die Folgen solchen Verhaltens zu durchdenken:

Das Wahlverhalten der Delegierten wird berechenbar, da sie den Empfehlungen eines spezifischen parteiinternen Personenkreises folgen. Wer bei diesen Personen bekannt ist und weiß, wie

menschlich sich bei ihnen bekannt macht, hat Chancen gewählt zu werden.

Um deutlicher zu machen, was ich meine, bitte ich nun alle Leser meinem Gedankenspiel zu folgen: Ein Mensch tritt in unsere Partei ein und will aktiv werden. Er überwindet alle Hürden und findet ein Unterkommen: in einer AG, IG, Jugendgruppe oder einem Projekt. Voller Idealismus geht er zu jedem Parteitag, zu jeder BO-Sitzung, betreut Stände, verteilt Flyer, lernt anerkannte Mitglieder und langjährige Funktionäre kennen. Nach wenigen Monaten merkt dieser Mensch, dass es ja ganz einfach ist, in einen Vorstand oder zum Kandidaten für eine Parlamentswahl gewählt zu werden. Er spricht mit diesem und jenem in der Partei wohlbekannten, jahrelangen Träger eines Postens und bekommt die Zusage: „Na klar, wir reden für dich!“ Nach politischen Inhalten wird nicht gefragt, denn Mensch hat ja bewiesen, dass er was kann. Dass dieses 'was' nur "organisieren, planen, anrufen, verwalten, sich präsentieren" umfasst, ist doch egal und außerdem: man hat ja sonst keinen... Am Abend vor der Wahl fällt dem potentiellen neuen Funktionär ein, dass er sich einen inhaltlichen Schwerpunkt suchen muss. Da nimmt er sich das letzte Wahlprogramm, die LVZ und die BILD und schreibt ab: "Ich bin gegen Nazis. Bunt statt Braun! Ich bin für den Frieden. Wider den Imperialismus! Wir müssen wieder sichtbar werden. Mehr Jugend! Mehr Mitglieder! Ich sage es laut und deutlich: Ohne uns geht es nicht!" Am folgenden Tag erntet die Rede viel Applaus, noch mehr aber sind

die Delegierten von den Fürsprachen (Vorsitzende X, Stadtratsmitglied Y) beeindruckt und klatschen kräftig in die Hände.

Die beschriebene Dynamik öffnet Karrieristen Tür und Tor. Davor bewahre uns der tägliche Blick in die Geschichte von SPD und Grünen, angesichts derer wir in Angstschweiß ausbrechen sollten:

Karrieristen sind immer die besten Reformisten. Der Weg zur Macht biegt rechts ab...

Der strukturelle und mentale Hintergrund des Neumitgliedermangels

Die Mahnung mehr, vor allem junge, Mitglieder zu gewinnen und zu halten, gehört zum Redenkanon jedes Stadtparteitages. Da gibt es Appelle, die eigene Meinung offensiv zu vertreten, die Probleme der Zeit aufzugreifen, mit gesellschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten usw. usf. Doch die gedankliche Schlussfolgerung, dass für so ein (vollkommen richtiges) Verhalten ein parteiinterner Wandel von Strukturen und Mentalitäten benötigt wird, kommt nicht oder wird unter den Tisch gekehrt.

Auch dafür möchte ich zwei Beispiele geben, die meines Erachtens nach, Bände sprechen:

Wie kommt es, dass es kein Vorstandsmitglied gibt, das über überzeugende gewerkschaftliche Kontakte und Erfahrungen verfügt? Dabei gelingt es den Gewerkschaften solche Menschen zu politisieren, an welche DIE LINKE nicht herankommt und sie haben Formen der politischen Bildung entwickelt, von denen wir lernen könnten.

Wie kommt es außerdem, dass es kein Vorstandsmitglied gibt, das die alter-

native, linke, meist junge Szene glaubwürdig vertritt? Eine linke Szene, die gerade in Leipzig existiert und andere theoretische und praktische Ansätze verfolgt, sich aber als links definiert und denen man organisatorische sowie inhaltliche Angebote machen muss.

Es geht hier nicht nur um die bloße körperliche Präsenz dieser Menschen in Vorständen. Sie sind wesentlich, wenn es darum geht, Themen der Zeit aufzugreifen, die Instrumente ihrer Durchsetzung zu entwickeln und unseren eigenen Anspruch etwas besonderes, nämlich basisdemokratisch und pluralistisch zu sein, einzulösen!

Wir bezeichnen uns als demokratische Partei, doch fehlt uns die Umsetzung ins eigene Handeln und Verhalten.

Die Einhaltung von Formalia - "Gegenrede, Fürrede, Hand heben" - ist nicht demokratisch. Raunen, stöhnen,

schnaufen und die Augen verdrehen, wenn ein Mensch ans Rednerpult tritt - ist nicht demokratisch. Abwürgen von thematischen Diskussionen und Vertretern linker Vielfalt - ist nicht demokratisch und ist nicht pluralistisch! Pluralismus bedeutet, sich sachlich mit Themen auseinanderzusetzen, die auch am eigenen Selbstverständnis kratzen. Sachlich heißt: Zuhören, nachfragen, argumentieren und der Verzicht auf Totschlagargumente. Bedenkt: Menschen gewinnt man mit Themen, die sie bewegen und mit Instrumenten und Organisationsformen, die ihnen ein Mitmachen ermöglichen. Dafür nötige Ideen fallen nicht vom Himmel, sondern basieren auf Wissen. Wenn es in unseren Vorständen niemanden gibt, der dieses Wissen hat und der Themen auf die Tagesordnung setzt, können sich die GenossInnen ihre Appelle spa-

ren!

Wer glaubt, das Problem der politischen Kultur innerhalb von DIE LINKE würde durch einen Generationenwechsel gelöst, der irrt. Wer durch Geklügel, Anbiederung und inhaltliche Beliebigkeit aufgestiegen ist, der wird die Strukturen, die ihm das ermöglichen, nicht zerschlagen. Wer durch die schützende Hand anderer aufsteigt, der macht sich abhängig und wird andere abhängig machen. Wir, Mitglieder und Delegierte, die wir es uns in der Bequemlichkeit gemütlich machen, müssen uns an die Nase fassen, genauso wie die Postenträger, Funktionäre und Vorständler, die das beschriebene Verhalten hinnehmen oder gar protegieren.

*Pia P. Probst (Mitglied LINKE.SDS-Leipzig, Stadtparteitagsdelegierte),
Jana Werner (Mitglied LINKE.SDS-Leipzig)*

Einladung

Der interdisziplinäre "Rohrbacher Kreis" der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sa. lädt zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Thema "Sozialismus und Eigentum" ein. Es spricht einleitend Prof.Dr.Michael Brie, Bereichsleiter Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Die Veranstaltung findet am 14.November 2007 um 17 Uhr im Vor-

tragsraum der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sa., 04107 Leipzig, Harkortstr.10, 1.Etage statt.

Bereits seit einigen Wochen findet eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren statt, welches zum Ziel hat, wichtige Teile des kommunalen Eigentums unserer Stadt zu erhalten, damit seine Verfügbarkeit für soziale Gerech-

tigkeit uns allen dient. Niemand will die Rückkehr zu dem unseligen Staatssozialismus. Niemand will aber auch den Mißbrauch des Eigentums durch einen skrupellosen Liberalismus, in dem Eigentum grenzenloser Profit- und Machtgier untergeordnet wird. Wir wollen uns deshalb fragen:

- Wie sichern wir durch den Erhalt des kommunalen Eigentums die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt?

Zug der Erinnerung

Deutschland während der NS-Zeit: Zivile Kommandos der Staatspolizei treiben Kinder und ihre Familien auf den Bahnhöfen zusammen. In den Waggons der „Deutschen Reichsbahn“ werden sie „nach Osten“ deportiert. An dieses Ziel fahren Tausende Züge aus ganz Europa. Das Ziel heißt Vernichtung. Es sind jüdische Kinder, Sinti und Roma und Kinder von Eltern, die die Nazis bekämpfen. Nur wenige Kinder kehrten zurück.

Zwischen Oktober 1940 und Dezember 1944 deportierten die deutschen Behörden und NS-Dienststellen aus dem Reichsgebiet und den unterworfenen Staaten Europas insgesamt mehrere Hunderttausend Kinder. Oft am helllichten Tag wurden sie mit der Reichsbahn nach Osten gefahren. In ihrer übergroßen Mehrzahl waren sie

Kinder jüdischer Eltern.

Unter dem Decknamen DA („David“) steuerten die Züge die Vernichtungslager an. Auch Kinder der Sinti und Roma wurden deportiert. Durch ganz Europa schleuste die Reichsbahn junge Gefangene, um sie dem Tod auszuliefern. Unter den Opfern sind mehrere Zehntausend Kinder aus Deutschland. Über sie und über ihre Leidensgefährten aus fast sämtlichen Staaten des Kontinents ist in der breiten Öffentlichkeit nur wenig bekannt.

Wie viele der Kinder überlebten, ist bis heute unerforscht. Tausende sind vermisst und verschollen. Wenige Archivalien sind überliefert. Die Lebensläufe Tausender Kinder stehen nicht nur stellvertretend für das Los der Millionen, die ermordet wurden. Sie verweisen zugleich auf einen schwerwiegenden

Zivilisationsbruch. Spätestens beim Anblick der Kinder hätten die Täter und Helfer, die Mitwisser und Augenzeugen Nein sagen müssen. Manche haben davor zurückgeschreckt, diese letzte Schwelle zur Unmenschlichkeit zu übertreten, kaum einer hat es aber gewagt, sich der Tat zu verweigern.

Die Verantwortung für Auschwitz und die anderen Mordstätten Nazideutschlands übernehmen, heißt, sich diesem Zivilisationsbruch zu stellen und in die Augen der deportierten und ermordeten Kinder zu schauen. Deutsche Bürgerinitiativen lassen ab dem 9. November 2007 einen „Zug der Erinnerung“ durch Deutschland fahren - damit der Kinder und Jugendlichen endlich gedacht werden kann. Dieser Zug wird Ende Januar 2008 auch durch Leipzig kommen, um ein Zeichen setzen: gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen die extreme Rechte. Leipzig

selbst war einst ebenfalls eine Station auf dem Weg nach Auschwitz. Die Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ hat daher mit verschiedenen Organisationen und Parteien in unserer Stadt Kontakt aufgenommen, um auch hier auf Spurensuche zu gehen. Der Stadtvor-

stand hat auf seiner ersten Sitzung nach der Neuwahl beschlossen, das Projekt finanziell und inhaltlich zu unterstützen. Diese Unterstützung soll aber möglichst vom gesamten Stadtverband unserer Partei getragen werden. Daher rufen wir alle Stadtbezirks-

und Ortsverbände auf, sich sowohl durch Spenden als auch mit der Bereitschaft, die entsprechenden Recherchen zu unterstützen, am „Zug der Erinnerung“ zu beteiligen. Als Ansprechpartnerin im Stadtvorstand steht Christine Halle zur Verfügung. **Volker Külow**

Frau Kudla und die große Politik!

Frau Kudla plädiert für ein landesweites Verschuldungsverbot. Sie will dafür das Sozialstaatsprinzip verlassen. Ihrer Auffassung nach müsse „das Anspruchsdenken der Bevölkerung zurückgeschraubt und Soziallasten der jeweiligen Wirtschaftskraft angepasst werden.“ Sie meint: „Der Standard der vom Bund vorgegebenen gesetzlichen Pflichtaufgaben muss gesenkt werden.“ Neben der Forderung nach einer umfassenden Privatisierung städtischen Eigentums soll nun auch noch bei Arbeitslosen, ALG II-Beziehern und anderen Menschen in schwierigen sozialen Situationen weiter gespart werden.

Auf diesem Wege sollen nach Meinung von Frau Kudla die Kommunalfinanzen stabilisiert werden.

Das sind verantwortungslose Gedankenspiele zu Lasten der sozial Benachteiligten der Gesellschaft.

Kein Wort davon, dass eine Reform der Gemeindefinanzen seit Jahrzehnten durch den Bund verhindert wird und ein gerechter Soziallastenausgleich zwischen den sächsischen Kommunen zu Lasten Leipzigs nicht stattfindet. Das sind wesentliche Gründe für die Verschuldung Leipzigs.

Seit Jahren hat die Stadt Leipzig wesentlich höhere Sozialausgaben als

andere sächsische Kommunen, insbesondere Dresden. Besonders mit der Einführung von Hartz IV haben sich die sozialen Ausgaben Leipzigs weiter erhöht, zumal der Freistaat Sachsen entweder nicht alle Bundeszuschüsse und eigenen Einsparungen bei Wohngeld an die Kommunen weiterreicht oder aber einen Verteilerschlüssel in Anwendung bringt, durch den Leipzig zusätzlich benachteiligt wird.

Zur Senkung der Sozialausgaben ist vor allem Arbeit notwendig, von welcher der Lebensunterhalt bestritten werden kann und nicht eine Verminderung der Sozialstandards und -leistungen.

Dr. Lothar Tippach
Haushaltspolitischer Sprecher

Linksfraktion beschloss Spendenmittel in Höhe von 3.150 Euro

Im September beschloss die Linksfraktion Spendenmittel für soziale Projekte in Höhe von insgesamt 3.150 Euro. Die Initiative ist eine Reaktion auf einen Stadtratsbeschluss zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Stadträtinnen und Stadträte aus dem Jahre 2000. Sie wurde von der PDS-Fraktion abgelehnt. Mit einem monatlichen Beitrag haben seither die Frakti-

onsmitglieder in einen speziellen Spendenfonds eingezahlt, aus dem zwei Mal jährlich soziale Projekte jeweils im Februar und September unterstützt werden.

Die dieses Mal von der Linksfraktion geförderten Projekte sind u. a.:

- Bürgerradioprojekt „Radio Blau“ zur Anschaffung neuer Technik

- „Haus Leben Leipzig“ – Begegnungs- und Beratungszentrum für Tumorerkrankte;

- finanzielle Unterstützung der Informations- und Beratertätigkeit

- Kinder-, Jugend- und Familienberatung AURYN, Unterstützung bei der räumlichen Erweiterung der Beratungsstelle

- Aktion „Für eine baumstarke Stadt“ zur Finanzierung eines Baums

- Bund der Antifaschisten, Einrichtung einer Bibliothek im Erich-Zeigner-Haus

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Angst vor dem Bürgerbegehren?

Die SPD-Fraktion macht sich offenbar Sorgen. Ohne es namentlich zu erwähnen, treibt sie das laufende Bürgerbegehren um. Um Initiatoren wie bewegten Bürgern den Ratsbeschluss zum Verkauf schmackhaft zu machen, verteilt sie schon vor dem Verkauf der Stadtwerke den erhofften Erlös. Ihnen soll deutlich gemacht werden, welche Wohltaten beim Schuldenabbau sowie bei der Modernisierung der Schulen und Kindertagesstätten möglich sind. Zu jenen Zielen bekennt sich indes auch die Linksfraktion. Den Weg der SPD

allerdings hält sie für einen Irrweg, weil er die Ursachen der Verschuldung und des Investitionsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten ignoriert. Diese liegen nicht in den kommunalen Unternehmen, sondern in der strukturellen Unterfinanzierung der bundesdeutschen Kommunen, die im Osten besonders gravierend ausfällt. Deshalb werden hier auch keine nachhaltigen sondern nur einmalige Effekte erzielt. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen schließt sich so nicht. Daher wird Leipzig in absehbarer Zeit mit den

gleichen Problemen konfrontiert sein. Und was verkaufen wir dann?

Hinzu kommt, dass die zukünftige Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs bei den Vorschlägen der SPD-Fraktion völlig außen vor bleibt. Er aber ist auf seinem jetzigem Niveau mit dem Verkauf der SWL grundsätzlich in Frage gestellt.

Unsere Fraktion bleibt dabei: Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Zukunft ihres Eigentums selbst entscheiden.

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung), 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistratale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 20. Oktober 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: South Park - Der Film. Der Eintritt ist frei, LHL.

Mo., 22. Oktober 2007 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Di., 23. Oktober 2007 - 18:00 Uhr

Kulturveranstaltung: Der deutsche Schlager im Spiegel seiner Zeit mit Steffen Reichert, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mi., 24. Oktober 2007 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die neue LINKE. Mit Dr. Monika Runge, MdL, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 25. Oktober 2007 - 18:00 Uhr

Die Bunten laden ein: „Zauber der Natur - Zauber der Heimat?“ - Kornelia Richter liest ihre philosophischen Geschichten musikalisch umrahmt, LHL.

Fr., 26. Oktober 2007 - 18:00 Uhr

„Vorlesen & Zuhören“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis, LHL.

Do., 1. November 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Warum ist die angebliche Besserstellung der Ostrenten falsch? Zu Gast: Herbert Löser, LHL.

Do., 1. November 2007 - 18:00 Uhr

Vernissage: Landschaftsbilder von Anna

Bregulla - und einem literarisch-musikalischen Programm, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mi., 7. November 2007 - 18:00 Uhr

Eine Führung durch die Ausstellung »Wilde, unbezähmbare Tatkraft. Robert Blum 1807-1848« Robert Blum und Leipzig Mit Doris Mundus, Stadtgeschichtliches Museum. In Zusammenarbeit mit Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. und Lehmsiedt Verlag. Stadtgeschichtliches Museum, Böttcher-gasse 3.

Sa., 10. November 2007 - 10:00 Uhr

Marxistisches Forum: 90. Jahrestag der Oktoberrevolution - Vortrag von Prof. Götz Dieckmann. Stadtteilzentrum Messemagistratale, Str. d. 18. Oktober 10 a.

Di., 13. November 2007 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Stefanie Götze und Stadtbezirksbeirat, (Süd) Markus Heide, linxxnet.

Di., 13. November 2007 - 18:00 Uhr

Buchlesung: „Die DDR war ein Teil meines Lebens“, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mi., 14. November 2007 - 18:00 Uhr

Die Bunten laden ein: „Schuld und Verantwortung“ - Kornelia Richter liest ihre philosophischen Geschichten musikalisch umrahmt, LHL.

Do., 15. November 2007 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Ukrainische Ent-

wicklungen seit der »orangenen Revolution« Mit Dr. Manfred Schünemann, Berlin, RLS.

Do., 15. November 2007 - 18:00 Uhr

Diskussion zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution: „Ursachen der Niederlage des Sozialismus oder die verratenen Revolution“ mit Siegfried Kretzschmar, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Do., 15. November 2007 - 19:30 Uhr

Kai Ehlers - Russland vor den Wahlen - Zwischen gelenkter Demokratie und neuer Großmacht. Ein Gespräch mit dem Hamburger Russlandexperten und Publizisten Kai Ehlers über die russischen Machtverhältnisse und geostrategische Ambitionen Russlands, Moritzbastei.

Sa., 17. November 2007 - 10:00 Uhr

»Was aus dem türkischen Reich werden soll, ist mir »spanisch« - die Erstveröffentlichung von Marx' Studien zur Diplomatie Lord Palmerstons und zur Geschichte -Spaniens im neuesten Band der akademischen Gesamtausgabe (MEGA). Mit Prof. Dr. Manfred Neuhäus, Berlin/Leipzig, RLS.

Sa., 17. November 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: Fremder Freund. Der Eintritt ist frei, LHL.

Mo., 19. November 2007 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 11/2007 ist Donnerstag, 8. November 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.